

1. Es wird fortan unmöglich sein, die „Weiße Rose“ zu verstehen, ohne ihrem christlichen Fundament gerecht zu werden. Wladyslaw Bartoszewski fragt: „Was hat die jungen Leute von der ‚Weißen Rose‘ veranlaßt, ihre moralischen Forderungen und Vorwürfe so kategorisch zu formulieren? Inge Scholl erklärt dazu: ‚Bei dieser Rigorosität des Denkens spielte die Entdeckung des Christentums eine entscheidende Rolle. Sie vollzog sich bei meinen Geschwistern gleichzeitig mit der Entwicklung ihrer politischen Autonomie‘“ (112). Bei dieser Aussage kann es nicht um eine Vereinnahmung gehen. Es sollen nur Tatsachen festgehalten werden. Infolgedessen bescheinigen alle andersgearteten Versuche nur Vorurteile. Damit soll nicht bestritten werden, daß alle jungen Menschen als im Glauben Suchende noch unterwegs waren.

2. Die politische Vereinnahmung der Gruppe – von wem auch immer – instrumentalisiert das Zeugnis. Hermann Krings stellt zu Recht fest: „Eines ist es, die Zeichen der Weißen Rose zu deuten und ihre politische Bedeutung zu verstehen, unabhängig von einer politischen Präferenz. Ein anderes ist es, die Namen und Ereignisse von damals für heutige politische Zielsetzungen in Anspruch zu nehmen, die in unserer Republik normalerweise parteipolitische sind. Wenn die Zeichen der Weißen Rose auch heute noch eine Bedeutung haben sollen, und zwar für uns alle in Deutschland und nicht nur für einen Teil, dann muß die Reflexion auf die politische Bedeutung von einer vordergründigen politischen Absicht frei bleiben“ (46). Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Forderung auch auf „Stiftungen“ zutrifft.

3. Es ist Zurückhaltung geboten, wenn allzu schnell Schlüsse für heute, für die heutige Situation wie für die heutige Jugendgeneration gezo-

gen werden. Behutsam geht deshalb Hermann Krings in dieser Frage voran. Er hebt heraus: „... angesichts eines allgemein gewordenen Mordens haben diese jungen Menschen das Böse als böse bezeichnet und ihm widersagt. Das Widersagen begann in den Gesprächen der Freunde, es wurde durch Flugblätter öffentlich und vollends wirklich im Sterben. Der Tod von Hans Scholl und seinen Freunden ist deren eigene Tat, die Tat des Widersagens“ (56). Krings bestreitet dann, man könne das Zeichen der Weißen Rose als ein Beispiel schlechthin verstehen. Denn dazu gehörten nicht nur das untadelige Handeln des einzelnen, sondern auch ein angemessenes Umfeld. Beides sei nicht verallgemeinerbar. Diese und ähnliche nachdenkliche Aussagen enthält der wichtige Band der Gedächtnisvorlesungen in der Münchner Universität. Sie ordnen die Tat des Februar 1943 in den Widerstand von 1933 bis 1945 ein.

Wenn Gedenktage einen Anstoß geben, daß zeitgeschichtliche Dokumente gut lesbar und preiswert zugänglich werden, haben sie bereits einen Sinn gehabt. Vermutlich wäre es dienlicher – dem Gedenken an damals und der Provokation für heute –, wenn die Gedenktage mehr „beschwiegen“ als „beredet“ würden.

Roman Bleistein SJ

¹ Inge Scholl: Die Weiße Rose. Erw. Neuausgabe. Frankfurt: Fischer 1993. 205 S. (Fischer Taschenbuch, 11802.) Kart. 9,90.

² Sippenhaft. Nachrichten und Botschaften der Familie in der Gestapo-Haft nach der Hinrichtung von Hans und Sophie Scholl. Hrsg. v. Inge Aicher-Scholl. Frankfurt: Fischer 1993. 137 S. Lw. 29,80.

³ Die Weiße Rose und das Erbe des deutschen Widerstands. Münchner Gedächtnisvorlesungen. München: Beck 1993. 213 S. (Beck'sche Reihe. 497.) Kart. 19,80.

Es geht um mehr als Christa Wolf

Zum jüngsten deutschen Literaturstreit

Wenige Monate nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten (am 3. Oktober 1990), ausgelöst durch Christa Wolfs Erzählung „Was

bleibt“ (veröffentlicht am 5. Juni 1990), entwickelte sich der jüngste deutsche Literaturstreit. Man kann vier Stufen der Auseinandersetzung

unterscheiden. Auf der ersten Stufe ging es um Person und Werk der literarischen Repräsentantin der DDR, um Christa Wolf.

1. Stufe: Der Streit um Christa Wolf. Gegen Christa Wolf hatte sich Marcel Reich-Ranicki, später sein Nachfolger im FAZ-Feuilleton Frank Schirrmacher ausgesprochen, in der „Zeit“ Ulrich Greiner. Für Christa Wolf sprachen vor allem Walter Jens und Günter Grass. Die Auseinandersetzung hatte schon 1987 begonnen, war aber damals noch nicht auf Diskussionsebene geraten. Hans Noll, der im Streit mit den DDR-Behörden und im Streit mit seinem parteikonformen Vater 1984 nach West-Berlin übergesiedelt war, hatte in der „Welt“ (am 4. Juli 1987) geschrieben: „Die große Lebenslüge der Christa Wolf besteht darin, daß sie sich einem politischen System zur Verfügung stellte, dessen Amoralität ihr bewußt ist.“ Reich-Ranicki kritisierte, zunächst in der FAZ, später als Moderator des Literarischen Quartetts, die Autorin werde in ihren künstlerischen und intellektuellen Fähigkeiten überschätzt. Sie habe sich politisch unglaublich und persönlich mutlos gezeigt. Günter Grass antwortete in einem „Spiegel“-Interview, man dürfe Christa Wolf nur an Maßstäben der DDR messen. Für ihre Generation – aufgewachsen in Nazi-Deutschland – sei nach dem Krieg der Sozialismus die einzige Chance gewesen. Man dürfe von Christa Wolf nicht verlangen, daß sie eine „Heldin“ sei oder Widerständlerin wie der hartnäckige Wolf Biermann, wie der bewundernswerte Václav Havel¹. Ulrich Greiner hatte – nach Lesung der Druckfahnen von „Was bleibt“ – geschrieben:

„Christa Wolf hat wie viele andere Intellektuelle ihrer Generation ein familiäres, fast intimes Verhältnis zu ihrem Staat und seinen Institutionen aufgebaut. Wie für viele andere hatte dies vielleicht auch mit den in der Tat gewaltigen Privilegien zu tun, die das System der ihm ergebenen und nützlichen Intelligenz einräumte ... Sie war unfähig, die moderne Gesellschaft als kompliziertes System konkurrierender Gruppen zu verstehen. Sie hat die Gesellschaft, in der sie lebte, allem Anschein nach immer nur als größere Variante der kleinbürgerlichen, autoritär aufgebauten Familie verstanden. Seine Familie kann man sich nicht aussuchen, man bleibt selbst dann ihr Mitglied, wenn man mit ihr bricht, und die Loyalität-

ten, die sie fordert, sind rational nicht begründbar ... Sie wählte die authentische, bürgerliche Familie ihrer Herkunft gleichsam ab und ersetzte sie durch den Staat und seine bedingungslosen Treueforderungen.“

Das mag zutreffen. Wichtiger aber erscheint, daß Christa Wolf den Sozialismus als Staatsform – zunächst gegen die Adenauer-Gesellschaft, dann gegen die Kaufhaus-Gesellschaft – bejahte und daß ihre „poetische Utopie“ sich mit dem Sozialismus identifizierte, das heißt, daß sie auch an den Sozialismus glaubte und glauben wollte. Über die ideologische Vorgabe eines „Glaubens“ ist im linkslastigen und im rechtslastigen Spektrum der Literaturkritik wenig gesprochen worden.

2. Stufe: Der Streit über den Wert der ehemaligen DDR-Literatur. Auf der zweiten Stufe entwickelte sich der Streit um Christa Wolf zum Literaturstreit über den Wert der ehemaligen DDR-Literatur und das Verhalten der ihrem Staat treu gebliebenen Autoren, vor allem Stefan Heym und Stephan Hermlin. Jetzt wurde gefragt: Ist die DDR-Literatur im Westen vorab mit Blick auf systemkritische Inhalte gelesen worden, das heißt unter Überbewertung moralischer Kategorien und Unterbewertung ästhetischer Maßstäbe? Darüber hinaus wurde, eine Verneinung andeutend, gemutmaßt: konnten DDR-Autoren guten Gewissens ideell und real am Sozialismus festhalten? Wollten oder Konnten sie den Gefängnisstaat nicht wahrnehmen? Und warum waren die in der DDR gebliebenen Autoren an den revolutionären Veränderungen nicht beteiligt? Jürgen Serke apostrophierte in der „Welt“ (23. Juni 1990) den „Selbstbetrug der DDR-Intellektuellen“. Dagegen warnte Wolfram Schütte, später Walter Jens und auch der PEN-Präsident Gert Heidenreich vor der Siegermentalität, vor der schnellen Aburteilung, vor dem Besserwissen der risikolos im Westen angesiedelten Kritiker. Sollten die Ausgegrenzten von denen im Gehege nach Öffnung des Zauns moralisch erneut ausgegrenzt werden?

Werner Liersch sprach in der von ihm redigierten Zeitschrift „neue deutsche literatur“ von dem Schmerz, den Christa Wolf – und mit ihr zahlreiche andere DDR-Autoren – erfuhren: „das tödliche Auseinanderfallen von sozialistischer In-

tion und realisiertem Sozialismus“. Im west-ostdeutschen Literaturstreit arbeiten eine Reihe von Literaturkritikern und Publizisten mit Schuldzuweisung. Die schuldig Gesprochenen aber erfahren ihre Schmerzgeschichte. Sie fühlen sich überdies zurückgesetzt. Uwe Wittstock resümierte in seinem SZ-Aufsatz „Die Dichter und ihre Richter“ (13./14. Oktober 1990), die Schriftsteller müßten den aufgebrochenen moralischen Konflikt der Allgemeinheit ausfechten. „Was an der ganzen Bevölkerung zu exekutieren sich niemand leisten kann und will“, wird an den Dichtern durchexerziert. „Es geht nicht um die Literatur, sondern um eine exemplarische Abrechnung mit exemplarischen Lebensläufen. Die Schriftsteller sind Stellvertreter.“

3. Stufe: *Das Reizwort „Gesinnungsästhetik“*. Die Deutung der literarischen Vergangenheit, verbunden mit der Absicht einer Neubewertung, wurde auf die westdeutsche Literatur, vorab auf Werke und Autoren der einstigen „Gruppe 47“ (bestehend von 1947 bis 1967/68) ausgedehnt. Wortführer wurde Ulrich Greiner mit seinem Feuilleton „Die deutsche Gesinnungsästhetik“ (in der „Zeit“, 2. November 1990). Greiner sieht in beiden deutschen Literaturen trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme etwas Gemeinsames. „Sie leistete Widerstand gegen Repression und Restauration.“ Sie kämpfte „für humane Prinzipien“. Sie zeigte den Konflikt einzelner mit der „Law and order“-Gesellschaft. Frank Schirrmacher hatte in seinem berühmt-ominösen Beitrag „Abschied von der Literatur der Bundesrepublik“ zur Buchmessenbeilage der FAZ entgegengehalten, die Schriftsteller aus dem Kreis der „Gruppe 47“ hätten sich nicht gegen eine reaktionäre Öffentlichkeit durchsetzen müssen. Sie seien vielmehr „eine der Produktionszentralen des bundesrepublikanischen Bewußtseins“ gewesen (FAZ, 2. Oktober 1990). Der größere, zumindest wichtige Teil der Öffentlichkeit habe diese jungen gesellschaftskritischen Autoren bejaht. Viele, vor allem jüngere Menschen, identifizierten sich in und mit diesem aufgeklärt fortschrittlichen Geist. Die Auseinandersetzung betraf das Verhältnis von Ästhetik und Moral. Schirrmacher hatte wichtigen bundesdeutschen Autoren vorgeworfen, sie hätten Ästhetik durch Gesinnung ersetzt. Eine alte deutsche Streitfrage, die bereits

Heinrich Heine in seinem Streit mit Ludwig Börne polemisch erörterte. Der Dichter Heine warf dem Publizisten Börne vor, er verwechsle Moral mit Kunst, Gesinnung mit Dichtung (Denkschrift gegen Ludwig Börne, 1840).

Greiner erinnert, sekundiert von Karl Heinz Bohrer in der Zeitschrift „Merkur“ (Oktober/November 1990), an die Kunstästhetik. Ihr Gegenteil ist Gesinnungsästhetik, „eine zutiefst deutsche Tradition. Sie wurzelt in der Verbindung von Idealismus und Oberlehrertum. Sie läßt der Kunst nicht ihr Eigenes, sondern sie verpflichtet sie auf die bürgerliche Moral, auf den Klassenstandpunkt, auf humanitäre Ziele oder neuerdings auf die ökologische Apokalypse. Die Gesinnungsästhetik ist das gemeinsame Dritte der glücklicherweise zu Ende gegangenen Literaturen von BRD und DDR.“ Und eben dieses Kriterium, die Überbewertung des moralischen Maßstabs vor dem künstlerischen, die Prämiierung des gesellschaftspolitischen Engagements, habe auch zu einem beträchtlichen Teil die Literaturkritik bestimmt. Dieser engagierten Literatur, so Greiner, gehörten fast alle Autoren von Rang und Namen an: „Böll, Grass, Lenz, Fried, Walser, H. M. Enzensberger, Weiss, Kipphardt, Andersch. Sie und die Gruppe 47 waren es, die das literarische Leben in der Bundesrepublik bestimmten, und sie gehörten keineswegs, wie die Legende es will, zu einer mißachteten Minderheit. In diesem Punkt hat Schirrmacher recht“ (ebd. 213 f.).

Die Fehde war erklärt, der Graben gezogen, die Standpunkte markiert. Fortan gab es vor allem Erklärungen gegen die Greiner-Schirrmacher-Partei, Erwidierungen auf eine Beleidigung, Entrüstungen und Treuebekundungen zur Moral einer engagierten Literatur, insgesamt aber wenig Argumente und schon gar keine historische Betrachtung des Konflikts, der sich aus den Ansprüchen der Französischen Revolution entwickelt hat. „Die Schriftsteller des heutigen jungen Deutschlands, die nimmermehr die Politik trennen von Wissenschaft, Kunst und Religion“, schrieb Heinrich Heine in seiner Abhandlung „Die Romantische Schule“ (1836), sind „zu gleicher Zeit Künstler, Tribune und Apostel.“ Der Widerstreit Gesinnungsästhetik – Kunstästhetik ist nicht aus der Welt zu schaffen. Ein Schriftsteller wie Heinrich Böll hätte bloß von der Schreib-

kunst her, ohne sein eminentes politisches Engagement, nie diesen Rang in der deutschen Literaturkritik und schon gar nicht den Nobelpreis erhalten.

4. Stufe: Kritik an den Intellektuellen. Die Auseinandersetzung um die deutsche Einheit ist auch ein Streit über die Rolle der Intellektuellen in Ost und West; einmal als Streit unter den Intellektuellen selbst, sodann als Denunziation der „Linksintellektuellen“, die dem Staat und der deutschen Einheit nicht geholfen haben. Jürgen Serke hatte in der „Welt“ (am 2. Juli 1990) pauschal gefragt: „Warum tut sich der deutsche Intellektuelle so schwer mit einem vereinten Deutschland?“

Schwer tun sich Intellektuelle, wo sie Denksystemen (Ideologien) anhängen, die die Wahrnehmung geschichtlicher Veränderungen sperren. Anders verhält es sich, wenn sie sich einem „Hurra-Deutschland“-Patriotismus versagen, eine geistarme oder gar geistlose Regierungsmentalität bloßstellen. Im übrigen tun sich Intellektuelle, die sich – überwiegend als Einzelgänger – dem „Geist“ und der „Utopie“ angelobt haben, mit jeder gesellschaftlichen Konkretisierung schwer, weil eine jede Mängel aufweist, eine jede dem reinen Geist unrein erscheinen muß.

Bei einigen Publizisten und mehr noch bei unbeschwert produzierenden und konsumierenden Bürgern hat das Wort selbst – wie in der Nazizeit, wie unter kommunistischen Parteidiktaturen – eine pejorative Konnotation, einen abwertenden Sinn erhalten. Am weitesten vorgestoßen ist hier die FAZ mit einigen Aufsätzen zum Tag der deutschen Einheit (in ihrer Samstagsausgabe vom 29. September 1990). Joachim Fest, der Mitherausgeber, spricht von der Mühe der „intellektuellen Linken“, ihren Frieden mit diesem Staat zu machen. Jens Jessen bezeichnet die deutschen Intellektuellen ironisch als „Hüter der Zweitstaatlichkeit“. Er spricht von den „entmachteten“ Intellektuellen, von der „Verhöhnung und schließlich Entmachtung einer ganzen Priesterkaste“ durch die politische Realität. Eine solche Sprache ist hämische Polemik. Sie entspringt der Siegermentalität, der Rechthaberei, der verbalen Rache. Zum Gespräch trägt sie wenig, zur Lösung des Konflikts nichts bei. Als Verteidiger der Intellektuellen tritt seit geraumer Zeit Walter

Jens auf. Ivan Nagel und Gert Heidenreich, der amtierende PEN-Präsident, haben ihm sekundiert. Die feuilletonistische Auseinandersetzung ist ein Degenkampf auf der Freund-Feind-Bühne.

Da trifft es sich gut, daß im weniger spektakulären Werkraum fast gleichzeitig zwei fundierte Bücher erschienen sind: „Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa“ von Wolfgang Lepenies (Frankfurt 1992) und ein Sammelband „Intellektuellendämmerung?“, hrsg. v. Martin Meyer (München: Hanser 1992). Haben sie wirklich ihr „Amt“, die Verteidigung von Vernunft und Gerechtigkeit und ein bißchen Hoffnung, an die Ideologie verraten? Oder sind sie an der mangelhaften Wirklichkeit exemplarisch Leidende?

Das Problem der Intellektuellen begann erst, als die protestantische Ethik dem rätigen Leben (der *Vita activa*) den Vorzug gab gegenüber kontemplativer Untätigkeit (der *Vita contemplativa*). Die Antwort der Intellektuellen war gewissenmaßen das Luftschloß Utopia, der Fingerzeig auf die denkbare Idealität. Zu den Literaten und Humanisten traten im Verlauf der Neuzeit die Naturwissenschaftler, Menschen mit Sendungsbewußtsein, über Generationen, ja Jahrhunderte „Menschen guten Gewissens“, solange sie an eine im Kern unversehrbare Natur glaubten und glauben durften. Doch die beiden Existenzformen des intellektuellen Geistes, die politisch utopische und die naturwissenschaftlich erobernde, sind an ihre Grenzen gestoßen, in die Krise geraten. Wolfgang Lepenies beschreibt den Intellektuellen:

„Der Intellektuelle ist chronisch unzufrieden; er leidet am Zustand der Welt. Die Klage ist sein Metier, nicht der Lobgesang. Hier liegt zugleich die Gefahr eines ‚ennui à la mode‘, des Abgleitens der Melancholie in eine ‚déformation professionnelle‘. Aber die Intellektuellen leiden zu Recht am Zustand der Welt ... Der Intellektuelle ist Melancholiker. Er leidet an der Welt, er versucht, diesem Leiden Ausdruck zu verleihen; und schließlich leidet er an sich selbst, weil er nur reflektieren, aber nicht handeln kann ... Will er nicht das ‚sacrificium intellectus‘ begehen und die Welt für besser ausgeben als sie ist, so muß er sich eine bessere Welt herbeisehnen und herbeischreiben. Dies ist die Geburtsstunde der Utopie: jener Gattung, die den Aufbruch Europas in die Neuzeit begleitet“ (in: Intellektuellendämmerung 16f.)

Ohne Frage müssen sich die Intellektuellen hierzulande auf einen geistigen Machtverlust einstellen. Aber was wäre das wiedervereinigte Deutschland, was wäre das vereinte Europa ohne seine Intellektuellen? Das publizistische Getöse wird wieder abklingen. Die Balance von (berechtigtem) Anspruch und Bescheidenheit ist nicht nur in der Politik schwierig. Mit Heilserwartungen und Heilsversprechen ist vorerst nicht mehr zu dienen, mit Kritik und Verantwortung sehr wohl. In Frankreich, hören wir, sind die Intellektuellen, auch wenn sie politisch wie andere Bürger irrten, nie in Frage gestellt worden. „Zu beobachten“ schreibt Martin Meyer, „ist die Lage, daß sich die Intellektuellen häufiger als nötig mit sich selbst

beschäftigen.“ Zu erinnern ist, daß in diesem Jahrhundert in Deutschland keine Gruppe von Bürgern in einer vergleichbaren Anzahl gegen Krieg und Gewalt protestiert haben (und dafür ausgewiesen wurden) wie die Intellektuellen. Intellektuelle sind immer noch – wenn auch nicht allein – zuständig für das, was uns betrifft, bedroht, erwartet.

Paul Konrad Kurz

¹ Die ganze Debatte um Christa Wolf und den jüngsten deutschen Literaturstreit ist vorzüglich dokumentiert in: Es geht nicht um Christa Wolf. Der Literaturstreit im vereinten Deutschland (München: edition spangenberg 1991); das folg. Zit. 80f.